

mitarbeiten 02/08

Informationen der Stiftung MITARBEIT

Das Informationsangebot der Stiftung MITARBEIT im Internet: www.buergergesellschaft.de und www.mitarbeit.de G12970

Das Plan-Spiel-Buch

Spielerische Förderung der Demokratiekompetenz

Obwohl das Spielen ein menschliches Grundbedürfnis ist, gehört es zu unserem Verständnis von Erwachsen-Sein, dass wir das Spielen aufgeben, weil es angeblich nichts mit dem wirklichen Leben zu tun hat. Dabei gibt es in der täglichen Arbeit von Initiativen, Vereinen, Unternehmen und Projekten gute Gründe, in bestimmten Situationen wieder zu spielen. Eine neue Publikation der Stiftung MITARBEIT stellt mit der Planspiel-Methode eine spielerische Form des ganzheitlichen Lernens vor.

Im Spiel wird in der Regel mehr vermittelt als »nur« Inhalt und Wissen. Im Spiel können persönliche Einstellungen verändert und neue Kompetenzen erlernt werden. Im Spiel wird gelebt, was bislang vielleicht nur abstrakt gewusst wurde und es wird gefühlt, was bisher nur gedacht war. Der antike chinesische Philosoph Konfuzius soll gesagt haben: »Erkläre es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde mich erinnern. Lass es mich selber tun, und ich werde es verstehen«. Auch Friedrich Schiller hat sich Ende des 18. Jahrhunderts in seinen »Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen« mit dem Zusammenhang von Menschsein und Spiel auseinandergesetzt und schreibt: »Der ernsteste Stoff muss so behandelt werden, dass wir die Fähigkeit behalten, ihn unmittelbar mit dem leichtesten Spiel zu vertauschen.«

Planspiele sind eine handlungsorientierte Lehr- und Lernmethode, die sich wie kaum eine andere zur Vermittlung politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Zusammenhänge eignet. Im Rahmen von Planspielen können durch die Teilnehmer/innen komplexe Planungs-, Verhandlungs- und

Entscheidungsprozesse ergebnisorientiert nachvollzogen werden. Ausgangspunkt des Planspiels ist die modellhafte Abbildung der Wirklichkeit. Planspiele reduzieren jedoch die Komplexität der Realität und machen sie so spielerisch handhabbar. Fast alle komplexen Herausforderungen und Probleme lassen sich in Planspielen nachspielen. Wichtig ist, dass das Thema des Spiels sich nicht einfach im Konsens auflösen lässt, sondern ein strategisches

Handeln der Akteure erfordert. Deshalb eignen sich Fragestellungen mit wertgerichtetem Hintergrund oder Konflikte mit widerstreitenden Interessen besonders gut für diese Methode. Ein Planspiel braucht also immer eine im Sinn der Ergebnisfindung belastbare Idee.

Die zentrale Steuerung eines Planspiels obliegt der Spielleitung, die den Erfolg des Spiels nicht unwesentlich beeinflusst. Sie passt die Spielidee an die Bedürfnisse der Teilnehmer/innen und die vorhandenen Rahmenbedingungen an und begleitet das Spiel in allen Phasen. Der Spielleiter oder die Spielleiterin gibt während eines Planspiels neue Impulse und sorgt schließlich auch für die Auswertung und den Transfer der Spielsituation in die Realität der Spielenden.

Die Planspielmethode entstammt ursprünglich der militärischen und betriebswirtschaftlichen Aus- und Fortbildung. Inzwischen werden Planspiele in stadtplanerischen Szenarien ebenso eingesetzt wie in der politikwissenschaftlichen und politikdidaktischen Ausbildung oder Bildungsarbeit, wie Dr. Stefan Rappenglück, Politikwissenschaftler am *Centrum für angewandte Politikforschung der LMU München*, in seinem Beitrag für das Plan-Spiel-Buch erläutert. Angesichts des Postulats von mehr politischer Beteiligung und Teilhabe sowie der Förderung von Demokratiekompetenz sei die Bedeutung handlungsorientierter Methoden garnicht zu überschätzen. Die eigenen Interessen zu artikulieren und sich in Entscheidungsstrukturen und -prozessen zurechtzufinden, muss allerdings gelernt und erprobt



Das Plan-Spiel-Buch

Anregungen und Spiele für Engagierte



Spielerische ...

werden. Vor diesem Hintergrund ist das Planspiel eine gute Methode, um die demokratischen Grundwerte und Dilemmata zu reflektieren und gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsaspekte zu analysieren.

Nach Rappenglück können Planspiele »die drei Dimensionen des Politischen: polity, policy und politics wirklichkeitsgenau abdecken und vermitteln«. Die Planspielmethode spiegelt den sozialen Handlungsrahmen, die inhaltlichen Fragestellungen und den politischen Entscheidungsprozess wider. Planspiele werden so als »Ort des politischen Handelns« empfunden. Darüber hinaus wird die Partizipationseinsicht und -fähigkeit nachhaltig gestärkt. Denn im Planspiel setzen sich die Teilnehmer/innen bewusst mit politischen Funktionsrollen auseinander und üben sich in politisch-strategischem Denken. Darin liegt auch die besondere Stärke der Methode: Planspiele sind nicht nur geeignet, das gemeinsame Leitziel »Handlungskompetenz«, sondern auch politische Mündigkeit über »Erfahrungen« mit Politik zu ermöglichen.

Kurzum: Planspiele fördern partizipatives, kooperatives und selbstorganisiertes Lernen und entsprechen zugleich den vorrangigen didaktischen Prinzipien der Handlungs- und Teilnehmerorientierung.

Das Plan-Spiel-Buch. Anregungen und Spiele für Engagierte. Arbeitshilfe Nr. 37, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2008, 172 S., ISBN 978-3-928053-96-9, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Interkulturelle Kommunikation und Konfliktvermittlung

Sind guter Wille und Offenheit ausreichend im Umgang mit Freiwilligen, Kollegen/innen oder Kooperationspartnern/innen, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben?

Das Zusammenleben und die Zusammenarbeit mit Menschen aus verschiedenen Kulturen ist mittlerweile selbstverständlicher Alltag, auch in Initiativen und Gruppen. Trotzdem kann es Situationen geben, wo es zwischendurch »knirscht« im Umgang miteinander,

Strategien für eine lebendige Bürgerkommune

Die Kommunen stehen vor gravierenden Problemen, deren erfolgreiche Bewältigung heute mehr denn je eine aktive Mitwirkung und Beteiligung der Bürgergesellschaft erfordert. Vor diesem Hintergrund war es das Ziel einer Tagung des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Spielräume und Perspektiven für Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung in der Kommune – und für ein neues Verhältnis zwischen Bürger/innen, Verwaltung und Politik – auszuloten. Die Ergebnisse und Anregungen der Tagung werden in einer Publikation der Stiftung MITARBEIT veröffentlicht, die sich insbesondere an kommunale Akteure wendet.

Die Publikation bietet Anregungen und Entscheidungshilfen insbesondere für Kommunen, die sich am Leitbild Bürgerkommune orientieren wollen. Es werden Wege zu einem neuen kommunalen Handeln aufgezeigt, das die Vielfalt der vorhandenen Bürgerkompetenz bewusst einbezieht.

»Anerkennungskultur ist auch Beteiligungskultur« – so könnte das Fazit umschrieben werden. Beteiligungs-Expert/innen, Bürgermeister/innen, Verbandsvertreter/innen und engagierte Wirtschaftsvertreter/innen nehmen Stellung, wie die unterschiedlichen Ansprüche von Bürger/innen, Verbänden, Verwaltung und Politik wirkungsvoll »unter einen Hut« gebracht werden können.

Prof. Helmut Klages plädiert für die »Öffnung des kommunalen Entscheidungssystems« für politische Beteiligung. Sein Fazit: »Die bürgerschaftliche Mitgestaltung ist eine Herausforderung, der sich in Zukunft alle Kommunen stellen sollten.«

Wie das ganz praktisch aussehen kann, erläuterte Prof. Klaus Wermker

von der Bürgerkommune Essen. Dort gibt es beispielsweise eine verpflichtende Weiterbildung aller Verwaltungsmitarbeiter/innen für eine bürgerbeteiligende Praxis. Weitere Anwendungsbeispiele zeigen die praktische Umsetzung von Bürgerbeteiligung vor Ort.

Der konzeptionelle Teil der Publikation thematisiert die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene: Eine verbesserte Kommunikationskultur zwischen den beteiligten »Stakeholdern« ist dabei ebenso wichtig wie eine unterstützende Infrastruktur, die das soziale Engagement der Bürger/innen und ihre Beteiligung an kommunalen Entscheidungen (z.B. Bürgerhaushalte oder Bürgerbefragungen) fördert.

Mitmachen. Mitgestalten. Mitentscheiden. Eine lebendige Bürgerkommune ist möglich. Brennpunkt-Dokumentation Nr. 43, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2008, 60 S., ISBN 978-3-928053-97-6, ab Juni zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Verhaltensweisen oder Einstellungen nicht verstanden werden oder zu Konflikten führen. Interkulturelle Kompetenz lautet deshalb eine Schlüsselqualifikation in beruflichen, ehrenamtlichen oder privaten Umfeldern, die zunehmend heterogener werden.

Für eine gute Kooperation zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen ist es entscheidend, sich mit den kulturell bedingten Einflüssen auseinanderzusetzen und auch die eigene kulturelle Prägung zu

reflektieren. So können das gegenseitige Verständnis verbessert und Missverständnisse eher aus dem Weg geräumt werden.

Das Seminar (20.–22. Juni 2008 in Heppenheim) stellt grundlegende kulturelle Dimensionen vor, die im Alltag konfliktträchtig sein können: diese reichen von unterschiedlichen Kommunikationsformen bis hin zu unterschiedlichem Zeitverständnis.

Nähere Informationen bei Beate Roggenbuck (roggenbuck@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Offenere und transparentere Beteiligungskultur

Der Verein Mehr Demokratie hat zusammen mit der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie an der Universität Marburg den ersten bundesweiten Bürgerbegehrens-Bericht vorgelegt. Demnach gab es in den letzten 50 Jahren bundesweit knapp 4.600 direktdemokratische Initiativen auf kommunaler Ebene, von denen über 40% erfolgreich verliefen. Insgesamt stellt der Bericht eine wachsende Bereitschaft der Politik fest, sich einer transparenteren Beteiligungskultur zu öffnen.

Im Untersuchungszeitraum 1956 bis 2007 lässt sich seit Mitte der 1990er Jahre ein bundesweiter Anstieg der direktdemokratischen Praxis beobachten. Die thematischen Schwerpunkte der in dem Zeitraum durchgeführten Verfahren bilden die Bereiche »Öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen« mit 18 Prozent sowie »Verkehrsprojekte« mit 17 Prozent. Mehr als 10 Prozent erreichten auch die Bereiche »Wirtschaft« oder »Öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen«.

Die zugelassenen Themen und die rechtlichen Spielregeln beeinflussen nicht selten den Erfolg oder Misserfolg direktdemokratischer Verfahren. In den einzelnen Bundesländern

ist die direktdemokratische Praxis höchst unterschiedlich ausgestaltet. Die Studie zeigt, dass hohe (rechtliche) Verfahrenshürden und rigide Themenaussschlüsse nicht nur die Anzahl der Verfahren reduziert, sondern auch eine hohe Anzahl an unzulässigen Begehren zur Folge haben. Viele Bürgerbegehren in Bundesländern ohne anwendungsfreundliche Regelungen scheitern beispielsweise am so genannten Abstimmungsquorum, obwohl sie eine Mehrheit der Abstimmenden erreichten. Das Positiv-Beispiel Bayern hingegen zeigt, wie anwendungsfreundliche direktdemokratische Politik gehen kann: dort fanden seit der Verabschiedung entsprechender Gesetze

1995 in zwölf Jahren mehr als 1.750 Verfahren statt, das sind nahezu 40 Prozent aller Verfahren in der gesamten Bundesrepublik (1956 bis 2007). Die bayerische Bevölkerung profitiert davon, dass nur wenige Themen gesetzlich von Bürgerbegehren ausgeschlossen sind. Zumeist sind die unzulässigen Themen in einem so genannten »Negativkatalog« aufgeführt: Dieser umfasst in der Regel Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, die Haushaltssatzung, Gemeindeabgaben oder Finanzfragen der gemeindeeigenen Betriebe. In einigen Ländern (etwa in NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Brandenburg) ist zusätzlich die Bauleitplanung als ein weiterer Kernbereich kommunaler Selbstverwaltung ausgeschlossen. Häufig sind auch finanzwirksame Bürgerbegehren nicht zugelassen.

Insgesamt ziehen die Autoren eine positive Bilanz der vergangenen direktdemokratischen Dekaden. Trotz vorhandener Defizite im Verfahren konstatieren sie einen wachsenden Bedarf der Bürgerinnen und Bürger an direkter Mitbestimmung (nicht nur) in Deutschland.

Der Bericht kann unter www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdfarchiv/bund/2007-buergerbegehrensbericht heruntergeladen werden.

Studie zur E-Partizipation

E-Partizipation ist in der Praxis angekommen

Die institutionelle Einbindung von E-Partizipationsverfahren in Deutschland ist stark verbesserungswürdig. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) und der Verein ZebraLog (Berlin) erstellt haben. Die Studie stellt den Stand und die Chancen elektronischer Partizipation in Deutschland vor.

Das Thema »Elektronische Partizipation« ist – im Vergleich mit z.B. Großbritannien – mit einer gewissen Verzögerung auch in der Praxis bundesdeutscher Politik angekommen. Die Politik reagiert auf positive Erfahrungen mit dieser Form der Beteiligung und trägt gleichzeitig auch den verbesserten technischen Möglichkeiten Rechnung. Mit ihrem Programm greift die Bundesregierung eine Initiative der EU auf, die im Rahmen ihrer »i2010-Initiative« bessere Entscheidungsprozesse und eine

größere Bürgerbeteiligung in allen Phasen der demokratischen Entscheidungsfindung erreichen will.

E-Partizipation ist die Teilhabe von natürlichen und juristischen Personen (und ihrer Gruppierungen) an politisch-administrativen Prozessen der Entscheidungsfindung mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnik. Die Studie betrachtet sowohl verwaltungs- und politikseitig veranlasste Beteiligungsangebote, als auch Aktivitäten, die von Bürgerinnen und Bürgern, Nicht-

regierungsorganisationen und der Wirtschaft ausgehen.

Die Studie identifiziert sechs verschiedene Beteiligungsformen: Information, Transparenz durch Dritte, Konsultation, Eingaben/Beschwerden/Petitionen, Kooperationen und Aktivismus/Kampagnen/Lobbying. Um die Situation der E-Partizipation in Deutschland zu verbessern, entwickeln die Autoren in ihrer Optimierungsstrategie ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Neben dem mittelfristigen Aufbau sog. »Electronic Reading Rooms« nach US-Vorbild schlagen sie ein Förderprogramm für zivilgesellschaftliche Initiativen im Bereich der E-Partizipation vor. Download: www.ifib.de/dokumente/ifib-zebralog_e-partizipation.pdf

Literaturhinweis: E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet. Beiträge Nr. 21., Bonn 2007, ISBN 978-3-928053-93-8, € 10,-, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Forum für politische Querdenker/innen

Als ein Forum der Ideen, Initiativen und Projekte für eine neue soziale Wirklichkeit präsentiert sich die Sommerakademie für politische Querdenker (6. bis 9. Juli 2007 in Bad Honnef nahe Bonn). Interessierte finden hier den Raum, um nach Perspektiven, Impulsen, Leitideen und Visionen zu suchen. Es treffen sich Autor/innen, Wissenschaftler/innen, Initiator/innen von (Modell-) Projekten und Mitdenker/innen, die ihre Visionen und Ideen vorstellen. Die Teilnehmer/innen können

ihre Themen in einem eigenen Workshop vorstellen und diskutieren, neue Kontakte knüpfen, Ideen testen und Projekte weiterentwickeln. Der Eigeninitiative und Selbstorganisation wird ausreichend Raum gegeben.

Die Akademie wird veranstaltet von der Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit der Initiative Zukunft des Kath. Sozialen Instituts.

Nähere Informationen bei Erhard O. Müller (mueller@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Wozu braucht man Demokratie?

Die Stiftung MITARBEIT unterstützt auch 2008 die Jahrestagung von Mehr Demokratie e.V. (6.–8. Juni 2008 in Fulda bei Kassel). Dieser bundesweite Zusammenschluss hat sich die Förderung der Direkten Demokratie zum Ziel gesetzt. Dies bedeutet: weg von der Zuschauerdemokratie und hin zu einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs.

Aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens von Mehr Demokratie

e.V. konzentriert sich die Tagung auf die Grundsatzfrage »Wozu braucht man Demokratie?«. Antworten geben Wissenschaftler/innen, Prominente und Mitstreiter/innen des Vereins in einem vielfältigen Programm, das auf das Erreichte zurückblickt und auf zukünftige Herausforderungen schaut.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Workshop »Arbeiten im Verein«

Der Workshop zur Vereinsgründung, Vereinsentwicklung und zum Vereinsrecht (6.–8. Juni 2008 in Weimar) soll Initiativen, Projekte und Non-Profit-Organisationen dabei unterstützen, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen bei einer Vereinsgründung zu gestalten und die Vereinsorganisation prozessorientiert weiterzuentwickeln. Dabei sollen

- Kerninformationen zu den Grundlagen des Vereins-, Steuer- und (vereinsbezogenen) Arbeitsrechts vermittelt

- die Teilnehmer/innen bei der Ausarbeitung einer Satzung beraten
- Wege zur Vereinsgründung in allen (vereins-, steuer- und organisationsrechtlichen) Facetten erarbeitet
- Fragen der internen Organisationsentwicklung diskutiert und
- Hilfsmittel zur laufenden (Selbst-) Überprüfung dieses Prozesses an die Hand gegeben werden.

Nähere Informationen bei Hanns-Jörg Sippel (sippel@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Der Weg zu einem erfolgreichen Webauftritt

Das Seminar (20.–21. Juni 2008 in Hannover) will den Weg zu einem erfolgreichen Internetauftritt aufzeigen. An konkreten Beispielen von Internetauftritten von Non-Profit-Organisationen werden Grundregeln für gelungene Websites aufgezeigt und mögliche Elemente eines Internetauftritts erläutert.

Die Teilnehmenden können auf dieser Basis ein Grundkonzept und

einen Aktionsplan für einen neuen Internet-Auftritt ihrer Organisation oder für die Überarbeitung ihrer bisherigen Website entwerfen. Neben den Referentenimpulsen können auch die Rückmeldungen und Anregungen aus der Seminargruppe für die Überprüfung der eigenen Ideen genutzt werden.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Methodenseminar

Fundraising und Stiftungen

Stiftungen sind potentielle Geldgeber für Projekte und Vorhaben. Aber wie finde ich die zu mir oder meiner Idee passende Stiftung? Wie nehme ich Kontakt auf? Was sollte bei der Antragstellung beachtet werden?

Das Seminar (13. bis 14. Juni 2008 in Magdeburg) vermittelt Einblicke in die Stiftungslandschaft und die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten durch Stiftungen. Themen sind Stiftungstypen und -zwecke; die Recherche von Stiftungen, die für mein Anliegen geeignet sind; die Kontaktaufnahme und Ansprache von Stiftungen; die Anforderungen an eine Anfrage und einen Antrag sowie das Berichtswesen und die Dokumentation des Vorhabens. Das Seminar wendet sich an Projektträger, Engagierte und an Vertreter/innen von Initiativen und Vereinen.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle.

Literaturhinweis: Piwko, Rudi: *Fundraising als Chance. Arbeitshilfe zur Mittelbeschaffung und Organisationsentwicklung in Vereinen, Arbeitshilfe Nr. 31, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2004, 56 S., ISBN 978-3-928053-85-3, € 6,-*

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Ulrich Rüttgers, Erhard O. Müller

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.